

Vom Unrechtsregime zur Strecke gebracht

Alexej Nawalny ist tot: „Der Unfügsame“ und „Am Ende von Putin getötet“, FR-Titel und -Tagesthema vom 17. Februar

Zwei Kämpfer für Freiheit und demokratische Werte

Alexej Nawalny wurde ermordet, vielleicht direkt oder aber indirekt durch die Folgen von Vergiftung und Folter. Die genauen Umstände werden vermutlich nie vollständig aufgedeckt werden, aber Joe Biden sagte zu Recht, „Putin und seine Verbrecher“ seien verantwortlich für seinen Tod. Ich stimme ihm zu und bin genauso traurig und empört über diesen Mord wie viele Politiker*innen des „Westens“.

Zur gleichen Zeit sitzt Julian Assange in einem britischen Gefängnis und ist seit langer Zeit psychischer Folter ausgesetzt. Darf man den Fall Nawalny mit dem Fall Assange vergleichen? Nawalny wurde von den Schergen einer brutalen Diktatur ermordet, Assange ist seit 2019 Häftling in einem demokratischen Staat mit angeblich unabhängiger Justiz und könnte der Rache des amerikanischen Staates und 175 Jahren Haft (!) ausgeliefert werden.

Trotz aller Unterschiede zwischen diesen beiden Fällen gibt es auch Gemeinsamkeiten, die unbedingt thematisiert werden sollten. In diesen Zeiten der zunehmenden Angriffe auf Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Humanität und Menschenrechte ist es die Pflicht aller Demokrat*innen, auf die massive Verletzung der Menschenrechte, humaner Prinzipien und rechtsstaatlicher Standards hinzuweisen.

Wer das brutale, menschenverachtende System des Wladimir Putin anprangert, muss umso deutlicher fordern, dass Pressefreiheit, Menschenrechte und Humanität besonders in Demokratien immer gewährleistet sein müssen!

Was ich fordere, ist also eine Selbstverständlichkeit, die allerdings im realen Agieren europäischer und amerikanischer Politik häufig nicht umgesetzt wird. Staatliche Gewalt kann auch in Demokratien tödlich sein, und inhumane Praktiken dürfen niemals toleriert werden.

Im Gegensatz zur russischen Diktatur können wir (noch?) lautstark gegen staatliche Verbrechen protestieren. Wie wäre es, wenn unsere militanten Kämpfer für die Freiheit und westliche Werte – Agnes Strack-Zimmermann und Anton Hofreiter – nach London reisen würden, um gegen schreiendes Unrecht zu protestieren?

Noch besser wäre es, wenn Joe Biden die sofortige Freilassung von Assange fordern und das Ende aller staatlichen Verfolgungsmaßnahmen gegen Julian Assange erklären würde!

Hermann Roth, Frankfurt

Keine Menschenwürde ohne Meinungsfreiheit

Der Tod des couragierten Kreml-Kritikers Alexej Nawalny wirft erneut ein bezeichnendes Schlaglicht auf das diktatorische Vorgehen des Autokraten und

Menschenverächters Wladimir Putin. In der Russischen Föderation muss jeder, der seine Meinung artikuliert, damit rechnen, an Leib und Leben nicht nur bedroht zu werden, sondern seine eigene Meinung mit dem Tode zu bezahlen.

Wäre mal interessant zu wissen, wie in der Bundesrepublik die Freunde Putins, ob in der AfD oder dem neuen BSW, auf die Todesnachricht reagieren. Vermutlich überhaupt nicht oder aber sogar rechtfertigend.

Die Wege des Autokraten Putin sind mit Gequälten und Toten gepflastert. Als Mitglied von Amnesty International setze ich mich seit vielen Jahren für Nawalny und andere Kreml-Kritiker ein, während die Putin-Versteher offensichtlich bis jetzt nicht begriffen haben, dass es auch im Ukraine-Krieg um unser aller Freiheit geht.

Ich denke nicht, dass mir aufgrund dieser Meinung der Vorwurf gemacht werden kann, ich sei ein Kriegstreiber, aber ein menschenwürdiges Leben setzt meiner Ansicht nach voraus, dass man seine Meinung frei und ungehindert und ohne Bedrohung durch Repressalien äußern kann.

Das Regime Putins ist eines der größten Unrechtsregime auf dieser Welt, und es wird erst Ruhe geben, wenn der Diktator Putin entmachtet ist und vor Gericht gestellt wird.

Manfred Kirsch, Neuwied

Diskussion: frblog.de/nawalny



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Fforums im Internet. Lesen Sie: frblog.de/f20240220

Mit Tausenden Traktoren gegen die Angst

Zu: „Wachsende Kritik an rabiaten Protesten“, FR-Politik vom 9. Februar

Das Demonstrationsrecht darf nicht angetastet werden

Werden die „Rädelführer“ der Bauernproteste jetzt auch angeklagt wie die Aktivistin der Klimakleber? Denn sie haben den Individualverkehr doch auch erheblich beeinträchtigt. Ich meine für beide: Nein! Es ist bedenklich, wenn das Demonstrationsrecht mit Hilfe des Strafrechts ausgehebelt wird. Mit dieser Methode gehen auch autoritäre Regime gegen Proteste vor.

Peter Stevens, Kelkheim

Marktmacht der Händler muss gebrochen werden

Dass die Landwirte demonstrieren, ist ihr gutes Recht. Aber wieso mit Tausenden Traktoren, die dann noch zu langen Staus führen? Sind ihnen der Klimaschutz und saubere Luft egal? Wollen sie mit ihren großen Traktoren der Politik und der Bevölkerung Angst machen?

Angst macht vielen hingegen die Klimakrise, die nicht unwesentlich von der Landwirtschaft (der Massentierhaltung) mitverursacht wird. Angst macht vielen auch das drastische Artensterben, welches in der Feldflur am deutlichsten nachweisbar ist. Verursacht wird es dort vor allem durch zu

große Monokulturen, zu viel Dünger und Spritzmittel. Ferner auch durch viel zu wenig Hecken, Brachen, Blühwiesen und Baumreihen. Zudem wird in der Feldflur auch der oft letzte Rest an Natur, die für die Biotopvernetzung so wichtigen Wegränder und Feldwege, meist viel zu früh und zu häufig gemulcht. Dass sich einige Landwirte dann noch dafür loben oder von manchen Politikern gelobt werden, dass sie unsere Kulturlandschaft und Lebensgrundlagen erhalten würden, erscheint mir deshalb äußerst befremdlich. Leider gibt es schon seit vielen Jahrzehnten nicht mehr die strukturreiche Kulturlandschaft mit der hohen Artenvielfalt und unbelasteten Böden, die wir einmal hatten.

Ich kann verstehen, dass sich einige Landwirte wegen wegfallender Dieselsubventionen Sorgen machen, da sie diese Kostensteigerung an den Markt wohl nicht weitergeben können. Aber statt gegen den Subventionsabbau zu demonstrieren und weiterhin am Subventionstropf zu hängen, sollten sie besser zusammen mit der Politik dafür kämpfen, dass die Marktmacht der viel zu großen Lebensmittel-einzelhändler endlich gebrochen wird. Dann könnten viele Subventionen wegfallen und ge-

rechtere Preise den Wert der landwirtschaftlichen Leistung ausdrücken. Und dann wäre ich gespannt, ob diejenigen in der Bevölkerung, die sich so vehement mit dem Bauernprotest solidarisieren, auch bereit wären, diese Preise zu zahlen. Der Wegfall der Dieselsubventionen macht im Übrigen nur wenige Prozente von den rund neun Milliarden Euro aus, die die Landwirte jährlich an Subventionen erhalten.

Volles Verständnis kann man dafür haben, wenn sich die Landwirte gegen zu viel Bürokratie wehren. Allerdings ist dafür eher die EU verantwortlich.

Markus Duchscherer, Hundsangen

Wider den deutschen Bauernkrieg mit der StVo

Nach der Ära der Klimakleber in Haft sind nun die Bauerntrecker dran – oder wird hier mit zweierlei Maß gemessen? Trecker sind keine Kfz oder Lkw, Trecker, die nicht auf die Straße gehören, sondern nur auf den Acker. Wann wird der Verkehrsminister das Straßenverkehrsgesetz ändern und dem Trecker die Erlaubnis im Straßenverkehr nur erteilen, wenn das Fahrtziel der landwirtschaftlichen Nutzung unmittelbar dient?

Thomas Bartsch Hauschild, Hamburg

Sinnlos zerstört

Zu: „Dresden danach“, FR-Politik vom 14. Februar

Man überlegte, die Stadt andernorts neu zu bauen

Ich möchte Dresden die starke Zerstörung und deren Sinnlosigkeit kurz vor Ende des Zweiten Weltkriegs nicht absprechen. Dresden ist so sehr in aller Gedächtnis, weil es in der DDR so hervorgehoben wurde und weil die Schäden lange sichtbar waren.

Ich möchte an weitere Städte erinnern, die genauso – wenn nicht gar stärker – zerstört waren. Ich nenne in alphabetischer Folge: Essen, Halberstadt, Hamburg, Kassel, Mainz, Pforzheim. In Hamburg überlegte man, die Stadt an anderer Stelle neu zu bauen. Mainz konnte seine Rolle als Hauptstadt von Rheinland-Pfalz nicht antreten, Koblenz musste einspringen.

Den „trauernden“ Neonazis in Dresden empfehle ich, einmal darüber nachzudenken, wie viel Leid und Elend andernorts ihre „Heroen“ verursacht haben (Leningrad; Stalingrad).

Carsten Dietrich Brink, Gauting

Der Versuch eines unerlaubten Vergleichs

In der Bombennacht im Februar 1945 starben 25 000 Menschen. Es gab Tage in Auschwitz, an denen 2500 Menschen pro Tag ermordet wurden. Ein unerlaubter Vergleich könnte fast vorschlagen, alle zehn Tage in Auschwitz auch Kerzen für die dort Ermordeten anzuzünden. Werden das die Deutschen je schaffen?

Thomas Klikauer, Sydney (AUS)

Nur nörgeln und negieren

Zu: „Wie die FDP Europa blockiert“, FR-Politik vom 9. Februar

Seit Jahren ist die FDP in der Ampel-Koalition der große und ständige Blockierer, wider besseres Wissen von Fachleuten, Wissenschaftlern. Verschiedene Abstimmungen, die schon lange in der EU ausgiebig verhandelt wurden, werden von der FDP in letzter Minute blockiert; Deutschland steht da als ewiger Nörgler, so dass wir überall, auch im Ausland, als die ständigen Blockierer erscheinen. Dahinter geraten die guten Ideen und das, was schon mit Erfolg umgesetzt wurde, einfach ins Hintertreffen.

Lieber Olaf, lieber Robert, bitte werft endlich der FDP einen dicken Knüppel zwischen die Füße, damit wir alle nicht völlig blöd als die Superblockierer dastehen. Es schadet unserem Ansehen, bringt uns keinen Schritt weiter und bringt unsere Glaubwürdigkeit ins Wanken.

Ich bin empört, fast täglich von einer weiteren Blockade in der Presse zu lesen. Sieht keiner, dass mit dieser Haltung Öl ins Feuer bestimmter Parteien gegossen wird? Ute Wittich, Frankfurt

FR ERLEBEN

Stephan Hebel diskutiert in der Reihe „Humor ist ...“ mit Redakteur Dietrich Krauß über die jüngste Folge der ZDF-Satiresendung „Die Anstalt“. Zu Beginn des Abends wird die Sendung gezeigt. Infos und Anmeldung unter: www.evangelische-akademie.de/kalender
Mittwoch, 21. Februar, 19.30 Uhr
Evangelische Akademie, Römerberg 9
Frankfurt

Claus-Jürgen Göpfert moderiert die Podiumsdiskussion „Wo brennt es? Wo wächst solidarischer Widerstand?“ mit Carla Reemtsma, „Fridays for Future“, dem Soziologen Klaus Dörre und der NGG-Gewerkschafterin Anna Langensiepen. Eintritt frei.
Samstag, 24. Februar 2024, 13 Uhr
Haus am Dom, Domplatz 3, Frankfurt

Claus-Jürgen Göpfert präsentiert sein Buch „Wer nicht hören will, wird bestreikt!“ Mit Jürgen Hinzer, Ex-Bundesstreikbeauftragter der NGG.
Dienstag, 27. Februar 2024, 18 Uhr
Münzenberg-Forum
Franz-Mehring-Platz 1, Berlin